

Antrag A08: BGG-Reform und Unterstützung von Protesten

Status: angenommen

BGG-Reform und Unterstützung von Protesten

Die Linke Hamburg lehnt die aktuelle Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) in ihrer vorliegenden Fassung ab. Der Reformentwurf bleibt hinter dem Anspruch echter Barrierefreiheit deutlich zurück, entlässt private Akteur*innen weiter weitgehend aus der Verantwortung und droht damit, bestehende Ausschlüsse zu verfestigen statt Barrieren wirksam abzubauen. Der Landesverband Hamburg verpflichtet sich außerdem,

- die Kritik an der BGG-Reform öffentlich aufzugreifen
- sie innerhalb der Partei, gegenüber anderen Landesverbänden, sowie gegenüber den Hamburger Bundestagsabgeordneten deutlich zu machen
- sich gegenüber der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft für eine klare Positionierung gegen die Reform in ihrer aktuellen Fassung einzusetzen
- Proteste und Aktionen in Hamburg politisch und praktisch zu unterstützen

Barrierefreiheit ist keine freiwillige Leistung, sondern Voraussetzung für Teilhabe, Selbstbestimmung und gleiche Rechte. Eine Reform, die Barrieren nicht wirksam abbaut, sondern Unverbindlichkeit, Ausnahmen und fehlende Konsequenzen fortschreibt, ist kein Fortschritt, sondern eine politische Verschlechterung. Sie darf deshalb nicht als Schritt in Richtung Gleichstellung verkauft werden, sondern muss in ihrer jetzigen Form zurückgewiesen werden.